

17.03.08

Unterrichtung

durch
die Europäische Kommission

**Stellungnahme der Europäischen Kommission zu dem Beschluss
des Bundesrates zum Grünbuch der Kommission der
Europäischen Gemeinschaften:
Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt
KOM(2007) 551 endg.; Ratsdok. 13278/07**

Europäische Kommission
Vizepräsidentin

Brüssel, den 17. März 2008

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ersten Bürgermeister
Ole von Beust

Sehr geehrter Herr von Beust,

die Kommission dankt dem Bundesrat für seine Stellungnahme zum Grünbuch über die Mobilität in der Stadt¹. Der Beschluss des Bundesrates, seine Stellungnahme zu übermitteln, kommt dem Wunsch der Kommission entgegen, auf ihre Vorschläge Reaktionen zu erhalten, um so den Prozess der Politikgestaltung zu verbessern². Bei seiner Prüfung hat der Bundesrat der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Bereich der Mobilität in der Stadt besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Nachhaltige Mobilität in der Stadt ist eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Städte, eine hohe Lebensqualität der Bürger und den Schutz der Umwelt. Im Grünbuch wurden anhand der Beiträge, die die Kommission während der Vorbereitungsarbeiten erhielt, fünf Schlüsselbereiche definiert, die in ein integriertes Konzept zur Mobilität in der Stadt aufgenommen werden müssen. Außerdem werden in dem Grünbuch, das sich an Städte in ganz Europa richtet, die Themen Wissenserwerb, Datenerhebung und finanzielle Ressourcen behandelt.

¹ Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt. KOM(2007) 551.

² Eine bürgernahe Agenda: Konkrete Ergebnisse für Europa. KOM(2006) 211 endgültig.

Die Probleme, die diese Städte zu lösen haben – etwa Verkehrsstaus und die Planung des öffentlichen Verkehrs – gleichen sich. Viele wollen dazu beitragen, dass die EU-weiten Ziele, zum Beispiel im Bereich des Klimawandels oder der Verkehrssicherheit, erreicht werden. Ohne Koordinierung durch die Gemeinschaft besteht die Gefahr, dass „Insellösungen“ entwickelt werden, die den Prinzipien des Binnenmarktes zuwiderlaufen könnten.

Daher haben Bürger und Interessengruppen aus der gesamten Union die Meinung vertreten, dass die EU in diesem Bereich eine Rolle spielen könnte. Mit dem Grünbuch hat die Kommission mit allen interessierten Parteien und den europäischen Institutionen eine Diskussion darüber eingeleitet, welche die Rolle die EU sein könnte.

In dem Grünbuch betont die Kommission, dass sie in diesem Bereich eine unterstützende Funktion wahrnehmen möchte. Es steht fest, dass normalerweise die lokalen, regionalen und nationalen Behörden – entsprechend den europäischen Rechtsvorschriften – in diesem Bereich als Erste tätig werden.

Nach Ansicht der Kommission muss der Mehrwert der auf EU-Ebene getroffenen Maßnahmen genau geprüft und gerechtfertigt werden. Die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit müssen voll und ganz eingehalten werden. Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene können auf verschiedene Art und Weise durchgeführt werden, zum Beispiel in der Form des Austauschs bewährter Verfahren, der Einführung gemeinsamer Rahmenbedingungen oder der Harmonisierung von Normen, der finanziellen Unterstützung einzelner Initiativen oder der Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovation. Möglich wäre auch eine Vereinfachung der derzeitigen EU-Rechtsvorschriften, sei es, indem geltende Vorschriften aufgehoben werden oder indem gemeinsam mit Interessengruppen geprüft wird, ob neue konsolidierte Rechtsvorschriften am besten geeignet sind, Fortschritte zu erzielen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Grünbuch über die Mobilität in der Stadt zu einer Diskussion über den Mehrwert von Gemeinschaftsmaßnahmen in diesem Bereich geführt hat. Die Kommission wird den Beitrag des Bundesrates sehr aufmerksam prüfen. Ebenso wie die anderen Beiträge fließt er noch dieses Jahr in die Vorbereitung des Aktionsplans zur Mobilität in der Stadt ein.

Mit freundlichen Grüßen
Margot WALLSTRÖM